

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **56 (1976-1977)**

Heft 1

PDF erstellt am: **23.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BRESCHNEWS BILANZ

Zum dritten Male seit Leonid Breschnew im Oktober 1964 an ihre Spitze getreten ist, hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) im Kongresspalast des Moskauer Kremls ihren Parteitag durchgeführt. Wie die beiden vorigen stand auch dieser im Zeichen des Stils, den Breschnew und seine «kollektive Führung» in den vergangenen elf Jahren befolgt haben – Absage an die spektakulären Auftritte in der Art des Vorgängers Chruschtschow, unter dessen Regie der Parteitag jeweils zum Forum «historischer» Entscheide wurde: Entstalinisierung, Konfrontation mit China, Verkündung eines Wettlaufes um höheren Lebensstandard mit den USA ... Geblieben aus jenen Tagen der fünfziger und sechziger Jahre ist kaum mehr als die altvertraute *Massenkulisse* und der agitatorisch-propagandistische Charakter der Veranstaltung. Übersieht man aber diese bald zu Routine und Ritual erstarrten Begleitformen, ist man fast geneigt, den Parteitag als einen einigermaßen nüchtern und sachlich verlaufenen Kongress zu werten, als ein Treffen jedenfalls, dem jeder sensationelle Zug abging.

Darin manifestiert sich einerseits eine gewachsene *Selbstsicherheit* der Sowjetführung. Unter aussenpolitischen Aspekten betrachtet, ist dafür reichlich Grund vorhanden. Die UdSSR hat im Laufe der Ära Breschnew ihre Rüstung ständig verstärkt und die Kluft gegenüber der andern Supermacht merklich

verringert. Die *innenpolitische Schwäche* der Vereinigten Staaten und die geringe Lust Washingtons, nach dem Ende des Vietnam-Konfliktes grössere überseeische Engagements einzugehen, haben es dem Kreml ermöglicht, Einfluss auf Gebiete zu nehmen, die bisher weit entfernt vom Bereich russischen Hegemonialstrebens lagen, wie Guinea, Angola und die Küsten des Indischen Ozeans. Hinter dem Schleier der «Entspannungs»-Politik sucht Moskau die *regionalen Gleichgewichte* an verschiedenen Stellen des Globus zu seinen Gunsten zu verschieben und damit auch das globale Gleichgewicht zu beeinflussen.

Es ist einigermaßen erstaunlich, dass die Sowjetunion diese Fortschritte im aussenpolitischen Bereich hat erzielen können, während sie sowohl innenpolitisch wie innerhalb der kommunistischen Weltbewegung mit grossen *Schwierigkeiten* zu kämpfen hat. Auf dem Parteitag sind diese Differenzen zum Teil ziemlich direkt ausgetragen worden. *Berlinguer* entwickelte sein Italien angemessenes Programm eines eigenen Weges zum Sozialismus. Die Kritik der französischen Kommunisten klang zwar gedämpfter, aber das Fernbleiben *Georges Marchais'* vom Parteikongress war eine Demonstration, die deutlich genug den Graben andeutete, der sich zwischen den beiden Parteien in jüngster Vergangenheit geöffnet hat. Nur wenig verhüllt wurden auch die wirtschaftspolitischen Schwächen der

Sowjetunion; sowohl Kossygin wie Breschnew beklagten die zutage getretenen Planungsmängel der letzten Jahre.

Wer sich der Spekulation hingegeben hatte, die sowjetische Führung würde aus diesen drängenden inneren Problemen auch personelle Konsequenzen ziehen, sah sich enttäuscht. Wieder einmal wurde das alte, bewährte Rezept befolgt, nur *minimale Änderungen* in der obersten Führung vorzunehmen. Das überalterte *Politbüro* erhielt zwar Zuzug durch einen Junior, den Leningrader Parteichef *Romanow*, mit seinen 53 Jahren nun der jüngste im wichtigsten Gremium der KPdSU, aber ausser Landwirtschaftsminister *Poljanski*, der

bereits früher einmal zurückgestuft worden war und der jetzt auch aus dem Politbüro ausscheidet, blieb alles beim alten. Breschnew scheint entschlossen, allen Mutmassungen über seinen baldigen Abgang und dem damit zwangsläufig verbundenen Kräftenessen um seine Nachfolge die Grundlage zu entziehen, indem er seine eigene Position weiter ausbaut und verstärkt. Wie lange dieser Kurs weiter verfolgt werden kann, ohne dass der Topf zu überbrodeln beginnt und junge Führungsanwärter nach oben drängen, wird wohl das zentrale Problem der sowjetischen Innenpolitik der kommenden Monate und Jahre sein.

Alfred Cattani

WIE AKTIV SOLL UNSERE AUSSENPOLITIK SEIN?

Die Aussenpolitik unseres neutralen Bundesstaats war stets ein «Sonderfall» auf dem internationalen Parkett. Entsprechend der Neutralitätsdoktrin entbehrte sie grundsätzlich jeder machtpolitischen Komponente und beschränkte sich während Jahrzehnten auf die Pflege universaler Beziehungen, die vor allem im Zeichen diplomatischer und humanitärer «guter Dienste» standen. Seit dem Zweiten Weltkrieg kam dann als neuer Schwerpunkt die Aussenhandelspolitik dazu, deren Auftrag es ist, die Handelsströme mit politischen Mitteln offen zu halten. Bezeichnenderweise gehört diese Handelspolitik aber nicht zum Pflichtenheft des Politischen Departements, sondern zu jenem unseres Wirtschaftsministeriums.

An diesem aussenpolitischen Grundkonzept hat auch die europäische Integrationsbewegung nichts geändert: die

Assoziierung unseres Landes zur EG wurde im herkömmlichen aussenpolitischen Stil erreicht. Und auch die gegenwärtig hängige Überprüfung des Verhältnisses zur UNO bewegt sich offensichtlich im traditionellen Koordinatensystem unserer Aussenpolitik. Hingegen steht neuerdings eine Intensivierung aussenpolitischer Aktivitäten in diesem *vorgegebenen Rahmen* zur Diskussion, wobei die Impulse verschieden motiviert erscheinen.

Die einen entspringen der Sorge um die Wirtschaftslage. Immer lauter wird der Ruf nach diplomatischer Unterstützung im verschärften Wettbewerb um Aufträge im Ausland. Bundesrat und Bundesverwaltung haben diesem Wunsche bereits Rechnung getragen, indem sie ihre Reisediplomatie in dieser Richtung so gut als möglich ausgebaut haben. Auch besteht offensicht-

lich der Plan, die notwendigen personellen Verstärkungen zu verwirklichen. Die Meinungen über das Mass und die Art dieser vermehrten staatlichen Aussentätigkeit gehen aber selbst innerhalb der Wirtschaft stark auseinander, was nicht zuletzt mit den verschiedenen gelagerten Verhältnissen je nach Region und Branche, aber auch nach Betriebsgrösse zusammenhängt.

Neigungen zu profilierter Tätigkeit demonstriert aber «Bern» auch von sich aus: Bei Regimewechseln zum Beispiel fällt auf, dass das Politische Departement jetzt im Gegensatz zu früher sehr oft unter den Allerersten ist, wenn es um die formelle Anerkennung geht. Nach anfänglich negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit weckt diese Praxisänderung nun kaum noch irgendwelche Resonanzen – ein erstaunlicher Sachverhalt, wenn man bedenkt, mit welcher Akribie die wenigen aussenpolitischen Spezialisten unseres Landes früher solche Nuancen analysiert und kommentiert haben!

Im Bereich der *kulturellen* Aussenpolitik andererseits geht alles seinen Gang, wie er in den sechziger Jahren unter anderem im Zusammenhang mit der kulturpolitischen Aktivierung des

Strassburger Europarates neu konzipiert worden ist. Hier weht sogar ein eher restriktiver Wind: In der ersten Woche der Märzsession behandelte der Ständerat eine Vorlage zur Schaffung einer «Koordinationskommission für die Präsenz der Schweiz», welche die Tätigkeiten staatlicher, halbstaatlicher und privater Organisationen in der allgemeinen Landeswerbung besser aufeinander abstimmen soll. Ein Ergänzungsantrag, die Kommission auch mit vermehrter *Förderung* der Präsenz zu betrauen, wurde unter dem Hinweis, wir benötigten «kein Propagandaministerium», mit grossem Mehr abgelehnt.

Ob die Präsenz im Ausland nicht vielleicht doch etwas Förderung vertragen könnte? Und ob es nicht gar von gutem wäre, die ganze Konzeption der Aussenpolitik angesichts der neuen, teils gegenläufigen Impulse einer gründlicheren Überprüfung und besseren Koordination zu unterziehen? Sollten wir uns nicht vor allem auch über die zentrale Frage Gedanken machen, wie aktiv unsere Aussenpolitik unter den heutigen Umständen grundsätzlich sein sollte?

Richard Reich

IM OSTEN NICHTS NEUES

Der XXV. Parteitag der KPdSU ist ohne spektakuläre Entscheidungen zu Ende gegangen. Die Auguren, die im Vorfeld dieses «historischen» Ereignisses personelle Änderungen an der Parteispitze voraussagten, haben für einmal Unrecht behalten. Kontinuität in jeder Beziehung: nicht zuletzt auch in der Wirtschaftspolitik und -ordnung. Über

den monumentalen Bericht Kossygins zur «Wirtschaftslage der Nation» ist nicht allzu viel Registrierenswertes an die Öffentlichkeit gelangt, es sei denn, man taxiere die selbstkritischen Betrachtungen zu den alten Übeln einer überzentralisierten Wirtschaft als solche: Ineffizienz, Koordinationschwierigkeiten, Vernachlässigung des

Konsumgütersektors, chronische Probleme in der Landwirtschaft usw. Das alles ist weder neu noch sensationell.

Deshalb wird man ohne grosses Risiko voraussagen können, dass die Sowjetunion vorläufig am *konservativen Reformflügel* im Comecon-Raum verharren wird. Das Duo Breschnew-Kossygin ist auf eine Wirtschaftspolitik eingeschworen, die Experimenten abhold ist, die auf das «Bewährte» baut, die die ordnungspolitische Aufbruchsstimmung, wie sie in andern sozialistischen Ländern zutage tritt, mit Misstrauen beurteilt. Daraus sind zwei Schlussfolgerungen zu ziehen: die Sowjetunion wird auf ihrem Territorium keine Reformenergien dulden; sie setzt damit – zweitens – auch ein Signal für die *Grenzen* der Reformfreudigkeit anderer sozialistischer Staaten.

Reformen lassen sich in Osteuropa stets, wie immer sie auch präsentiert werden, auf eine spezifische Form der *Dezentralisation* von wirtschaftspolitischen Entscheidungskompetenzen reduzieren. Im Kern bedeuten sie eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen nach unten, in kleineren sozialistischen Ländern – Ungarn – bis auf die Ebene der Betriebe. Der Betrieb wird im Ausmass der Dezentralisation wieder zu einer Entscheidungseinheit. Dezentralisation ist aus diesem Grunde für die Planwirtschaft orthodoxer Prägung keine harmlose Sache, weil sie die Gefahr heraufbeschwört, von einer Reform in eine *Systemänderung* umzuschlagen.

Vor allem deshalb hatte die Sowjetunion immer ein wachsames Auge auf den Reformpolitikern. Mit ihrer konservativen Haltung gebärdet sie sich als

Gralshüterin der *ordnungspolitischen Reinheit*. Und dies selbstverständlich nicht allein aus blosser Liebe zur Ideologie, die die wirtschaftliche Ordnungsform sehr weitgehend präjudiziert, sondern vor allem auch deshalb, um den Anfängen eines wesentlich weitergehenden Zerfallsprozesses zu wehren. Die theoretischen und historischen – Tschechoslowakei 1968 – Indikatoren, die auf die Möglichkeit, ja auf die Wahrscheinlichkeit eines solchen Auflösungsprozesses schliessen lassen, wenn die Sowjetunion die reformpolitischen Zügel würde schiessen lassen, sind zu zahlreich, als dass sie übersehen werden könnten.

Es ist daran zu erinnern, dass die Sowjetunion in den sechziger Jahren, zu einer Zeit also, da das zum Extempore neigende Naturell eines Chruschtschew auch die Bewegungen auf der wirtschaftspolitischen Bühne beherrschte, ebenfalls ihre reformpolitische Diskussion hatte. Damals setzten zahlreiche sowjetische Experten ihre Hoffnungen auf Kossygin, der gewillt schien, zumindest einige Konsequenzen aus der gelenkten Diskussion zu ziehen. Mit der sogenannten Kossygin-Reform vom Herbst 1965 sind diese Hoffnungen allerdings enttäuscht worden. Und seither blieben auch die sowjetischen Reformpolitiker von der Bildfläche verschwunden. Sie haben sich zurückgezogen und sehen keine Chance, ihren Ideen Gehör zu verschaffen. Der XXV. Parteitag hat keine Anhaltspunkte dafür geliefert, dass sich an diesem Zustand etwas ändern könnte. Im Osten nichts Neues? Es scheint so!

Willy Linder